

Initiativantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
betreffend
Stärkung der Konjunktur in Oberösterreich**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert,

- 1.) mit der Bundesregierung in Verhandlungen zu treten, um im Rahmen des aktuellen Konjunkturpakets des Bundes größtmögliche Wirkungen zugunsten Oberösterreichs und der oberösterreichischen Beschäftigten zu erzielen und
- 2.) zusätzliche konjunkturstützende Maßnahmen von Seiten des Landes Oberösterreichs zu setzen.

Begründung

Oberösterreich ist ein starkes Wirtschafts- und Industriebundesland, was sich auch in der hohen Exportquote von fast 26 % manifestiert. Die hohe Wirtschaftskraft und die damit verbundenen Exporte sichern viele oberösterreichische Arbeitsplätze. Umgekehrt führt die Konjunkturabhängigkeit Oberösterreichs in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten zu stark steigender Arbeitslosigkeit. Das belegen auch die stark gestiegenen Arbeitslosenzahlen für das erste Quartal 2013 mit plus 11,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Besonders stark ist die Arbeitslosigkeit im Bereich des Bauwesens und der Arbeitskräfteüberlassung gestiegen.

Die Insolvenz des zweitgrößten österreichischen Baukonzerns Alpine hat nunmehr die österreichische Bundesregierung dazu veranlasst, ein umfangreiches Konjunkturpaket im Gesamtvolumen von 1,6 Milliarden Euro zu schnüren, um die Wirtschaft anzukurbeln und so Arbeitsplätze zu sichern. Die Schwerpunkte des Konjunkturpakets liegen in den Bereichen Wohnbau, Kinderbetreuung, Pflege, Hochwasserschutz und Infrastruktur wie zum Beispiel Maßnahmen für bessere Tunnelsicherheit.

Für die unterzeichneten Abgeordneten ist es von vordringlicher Bedeutung, dass gerade in Oberösterreich, das derzeit mit einer stark steigenden Arbeitslosigkeit konfrontiert ist, ein möglichst hoher Anteil dieses Konjunkturpakets umgesetzt wird. Insbesondere im Bereich des Wohnbaus, der im oberösterreichischen Landesbudget im Bundesländervergleich verhältnismäßig gering

dotiert ist, sind zusätzliche Investitionen dringend erforderlich. Investitionen in geförderte Mietwohnungen haben neben dem hohen Arbeitsmarkteffekt auch den Vorteil, dass sie dämpfend auf die stark steigenden Mietpreise wirken und auf diese Weise Familien und private Haushalte entlasten.

Zudem hat Oberösterreich im Bereich der Schulsanierungen einen finanziellen Rucksack im Umfang von mehreren hundert Millionen Euro aufzuarbeiten, wie eine Landtagsanfrage vor wenigen Monaten ergeben hat. Konkret hat die Oö. Landesregierung im November 2012 bekannt gegeben, dass 125 Schulbauprojekte mit einem voraussichtlichen Finanzierungsvolumen von mehr als 198 Millionen Euro genehmigt und baureif sind. Hinzu kommt der erforderliche Umbau von Schulen in Richtung kindgerechter Ganztagschulen, von denen es in Oberösterreich derzeit nur wenige Beispiele gibt.

Ein besonderer Fokus ist auch auf den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zu legen, der gemäß volkswirtschaftlichen Berechnungen äußerst nachhaltig für höhere Beschäftigung und entsprechende Rückflüsse in die öffentlichen Budgets sorgt. Hinzu kommt, dass es dabei bereits eine Kofinanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gibt, die man verlängern und ausweiten könnte. Wenn seitens des Bundes und der Länder in den kommenden vier Jahren jährlich durchschnittlich jeweils 100 Millionen Euro bereitgestellt werden, können damit österreichweit 35.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder geschaffen und zudem bei 70.000 bestehenden Kindergartenplätzen die Öffnungszeiten verbessert werden. Durch diesen Ausbau der Kinderbetreuung entstehen nicht nur direkte Arbeitsplätze, sondern es werden zusätzliche Beschäftigungsimpulse gesetzt, indem berufstätige Eltern beispielsweise ihre Beschäftigung ausweiten können.

Ergänzend zum Bundeskonjunkturpaket ist auch Oberösterreich gefordert, Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur zu setzen. So müssen nach der Hochwasserkatastrophe 2013 die erforderlichen zusätzlichen Hochwasserschutzprojekte rasch realisiert werden und den Opfern der Flutschäden die erforderliche Hilfe zur Beseitigung dieser Schäden zur Verfügung gestellt werden. Für die Realisierung dieser Projekte sind die erforderlichen finanziellen Ressourcen bereit zu stellen, damit möglichst rasch mit der Umsetzung begonnen werden kann. Ein weiterer Bereich, der im Rahmen eines Konjunkturpakets dringend zusätzliche finanzielle Mittel braucht, sind Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Allein in Oberösterreich übersteigt der Bedarf für betreute Wohn- und Arbeitsplätze das vorhandene Angebot um mehrere tausend Einheiten. Die unterzeichneten Abgeordneten weisen zudem auf den Initiativantrag für ein Sonderwohnbauprogramm mit zusätzlichen 1000 Wohnungen hin, der flankierend zur Bundeswohnbauffensive eine nachhaltige Entlastung für den oberösterreichischen Wohnungsmarkt bringen würde und sich dämpfend auf die Mietpreisentwicklung auswirken würde.

Linz, am 2. Juli 2013

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Schaller, Müllner, Weichsler-Hauer, Makor, Jahn, Eidenberger, Pilsner, Rippl, Krenn, Peutlberger-Naderer, Affenzeller, Bauer, Promberger, Röper-Kelmayr